

Die Bauerngewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,— RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 27 • 51. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3 Berlin, 5. Juli 1930

Preisabbau — Lohnabbau — Notopfer

Schlagwortgefahren

Im Deutschland der Nachkriegszeit ist es leider mehr und mehr üblich geworden, mit bombastischen Worten Zeitnotwendigkeiten zu umreißen. Das liegt ursächlich nicht im Wesen des deutschen Volkes, sondern ist mehr romanischen Ursprungs. Der Deutsche ist von Natur aus gründlich, er geht allen Dingen bis in die einzelnen Anfänge nach. Er ist zugleich autoritär, das heißt: Auslassungen von Behörden und Darstellungen der Presse werden von ihm ernst genommen. Gegenteilig denkt im allgemeinen der romanische Volkstyp.

Das Schlagwort, die knappumrissene Ausdrucksbezeichnung für irgendeine Zeitfrage, ist also auch nicht deutschen Wesens. Erst der Krieg und die Nachkriegszeit haben unser Volk mehr an diese rationalistische Ausdrucksäußerung gewöhnt. Kurz vor dem Krieg spukte im Blätterwald ein Schlagwort von der „Anochenerweichung durch die Sozialpolitik“. Der Krieg hat dieses Schlagwort am glänzendsten widerlegt. Die militärisch-politische Volksbeeinflussung im Kriege hat die verschiedensten Schlagworte erzeugt. Die meisten waren keine Wahrheiten. Der Staatsuntertan wurde durch die nachfolgenden Tatsachen von der mangelnden Voraussicht der damals führenden Kreise überzeugt. Damit schwand das Vertrauen zur Staatsführung. Die nachkriegszeitlichen Geschichtsmacher haben die bedauerliche Schlagworttradition der Kriegspolitik fortgesetzt. „Sozialismus ist Arbeit“, ist eine dieser geflügelten Selbstverhöhnungen! In der Inflation ist so gut wie ausschließlich versucht worden, das Volk mit Schlagworten über die wahren Verhältnisse hinwegzutäuschen. Der Zusammenbruch Ende 1923 war dann auch nicht nur ein solcher der Währung, sondern auch der einer künstlich aufgemachten Meinung. Die Stabilisierung der deutschen Währung war dann trotz aller bedrückenden Einzelheiten eine Tat, die dem Volke den Glauben zur Staatsführung wiedergab. Seit 1926 blüht erneut das Geschäft der Schlagwortmacher. Man sehe sich nur einmal die Überschriften in unseren Zeitungen an. Ohne eine knallige Balkenüberschrift, die einen mystischen Hintergrund andeutet, glaubt heute beinahe keine Zeitung mehr auskommen zu können. Der ausmerkwürdige Leser findet dann in dem nachfolgenden Schriftsatz nicht das, was die Überschrift verspricht. Er wäre ein Tor, wenn er nicht schon dadurch kritisch gegen die mehr versprechende wie haltende Zeitung eingestellt würde.

Zurzeit stehen wir wieder vor einer Schlagwortepidemie. Die offensündige, finanzielle Not des Reiches, der Länder und Gemeinden, verursacht durch die immer schärfer in Erscheinung tretende Auswirkung der Kriegsbelastung, zwingt Regierungen und Parlamente zu harten Maßnahmen. Vielfach sind die Abhilfevorschlüsse, die auch aus den Interessentkreisen vorgebracht werden. Einem Teil soll der gute Glaube nicht abgesprochen werden. Ein ganz großer Teil dieser Vorschläge geht aber in der Absicht darauf hinaus, die nun einmal unausweichlichen Lasten anderen Kreisen aufzubürden. Ein Zyniker hat hierfür den bekannten Satz geprägt: „O, heiliger St. Florian, verschon' mein Haus, zünd' andere an!“

Preisabbau! Lohnabbau! Notopfer! Unter diesen drei Stichworten soll sich die wirtschaftliche Gesundung Deutschlands vollziehen! Wer volkswirtschaftlich unvoreingenommen denkt, weiß, daß letzten Endes der wirtschaftliche Verbrauch auf die Dauer nicht höher sein darf als der Wirtschaftsertrag. Genau wie ein Haushalt auf die Dauer nicht mehr verzehren kann als verdient wird, so kann auch eine Volksgemeinschaft nicht mehr verbrauchen als aus der Gesamtwirtschaft herausgemirtschaftet wird. Was in beiden Fällen zeitweise darüber hinaus-

geht, ist Blutentzug, und rächt sich bestimmt zu un-
gelegenster Zeit an dem dadurch geschwächten Körper.
Zum

Notopfer

oder, wie es regierungsseitig genannt wird, zur „Reichshilfe“, wollen wir uns hier nicht eingehend äußern. Unsere sachliche Stellung zu einem besonderen Opfer der in geicherter Position befindlichen Beamten ist bekannt.

Preisabbau und Lohnabbau sind zwei Dinge, die den Arbeiter als Verbraucher und so-

mit durch stärkeren Verbrauch und dann folgenden
Neuerjah für eine Belebung des Arbeitsmarktes.

Lohnabbau?

Wer diese Frage stellt, muß nachweisen, daß die Löhne übersteigt sind. Er darf dabei nicht schematisch von den in den meisten Berufen unzulänglichen Vorkriegszeitlöhnen ausgehen. Es muß weiter berücksichtigt werden, daß nicht Stundenlöhne zu Stundenlöhnen, sondern zum allermindesten Tageseinkommen der Vorkriegszeit und jetzt in Vergleich gesetzt werden müssen. Es bedarf keiner Begründung mehr, daß die heutige tägliche Arbeitsdauer nicht nur sozial, sondern auch wirtschaftlich gerechtfertigt ist. Wer im Lohn nicht nur einen Unkostenfaktor der Wirtschaft, sondern die sittliche und soziale Lebensbasis einer Familie sieht, wird den heutigen Lohn in seiner Höhe nicht beanstanden können. Wer anders denkt, ist sozialreaktionär, oder ihm fehlt der Verstand, überhaupt diese Dinge zu begreifen. Der Arbeiterlohn ist aber auch heute eine in der Volkstaufkraft anders zu wertende Größe als vor etwa 30 bis 40 Jahren. Die Lohnarbeiterschaft stellt heute einen so großen Prozentsatz der konsumierenden Bevölkerung dar, daß von ihrer Verbrauchsmöglichkeit die Wirtschaft maßgeblich beeinflusst wird. Der alte Satz: „Hat der Bauer Geld, dann hat es die ganze Welt“, war einmal der Ausdruck einer Zeit, wo die Landwirtschaft den größten Teil des Volkes ausmachte. Heute ist es die Arbeiterschaft und demgemäß ist wahr: Hat der Arbeiter Geld, dann hat es die ganze Welt! Vom mehr oder minder hohen Einkommen des Arbeiters hängt also der Blutdurchfluß der ganzen Wirtschaft ab.

Nun zu sagen: Bauen wir die Preise und im gleichen Verhältnis die Löhne ab, dann ist dem Arbeiter nicht wehe getan, ist eine volkswirtschaftliche Oberflächenweisheit. Wenn Preise und Löhne im gleichen Verhältnis gesenkt werden, dann kann keine Steigerung der Kauf- und damit der Verbrauchskraft und keine Notwendigkeit zu erhöhter Herstellung neuer Güter, also Belebung des Arbeitsmarktes geschaffen werden. Es kann günstigstenfalls ein beschränkt geringerer Kapitalbedarf in der Umtriebswirtschaft erreicht und von dieser Seite auf die Ermäßigung des Zinsfußes eingewirkt werden. Nun haben wir aber heute bereits genügend brachliegendes Kapital. Wir haben einen Reichsbankdiskont, so niedrig wie in den besten Jahren der Vorkriegszeit, und trotzdem kein anlagestrebendes Kapital. Auf die Ursachen dieser geldmarktmäßigen Unlogik können wir in diesem Zusammenhang nicht eingehen. Festgestellt sei nur, daß auch nicht einmal dieser nach der Zinsseite gehende volkswirtschaftliche Gewinn für die Lohnherabsetzungstheorie herangezogen werden kann.

Bleibt noch zu fragen, wem die Lohnherabsetzung dann dienen soll? Soll sie etwa den Beamten das „Notopfer“ schmacher machen? Dann müßte der Arbeiterlohn so hoch und so gesichert sein, wie die Beamtengehälter es heute sind. Soll eine Lohnherabsetzung die Exportfähigkeit deutscher Waren ins Ausland begünstigen? Die für den Export tätige Arbeiterschaft wird nachweisen, daß ihre Löhne so bescheiden sind, daß davon eine Beisteuer zum sozialen Dumping, das heißt Preisunterbietung auf Lohnkosten, nicht gemacht werden kann. Das Ausland hat aber auch hiergegen das übliche Mittel des Schutzzollens. Amerika hat gerade in den letzten Tagen seine Schutzollmauern so erhöht, daß ein Uebersteigen für die ausländische Konkurrenz nicht von der Preis-, sondern nur von der Qualitäts-

Wie auch die Struktur der Gesellschaft, des Staates und der Wirtschaft sich gestaltet, stets werden die lohnarbeitenden Schichten nur dann ihren Anspruch auf gerechte Löhne, geschätzte Arbeit, freie Mitbestimmung im Arbeitsvertrag, Anteilnahme an den Errungenschaften der Kultur und des Wirtschaftslebens geltend machen können und sich durchsetzen, wenn sie starke, geschlossene, auf Disziplin eingestellte gewerkschaftliche Organisationen sich erhalten.“

Joh. Giesberts,
einer der Altmeister unserer Bewegung.

zialen Interessenten besonders berühren. Wenn man von

Preisabbau

spricht, muß man überzeugt sein, daß die derzeitigen Warenpreise übersteigt sind. Soweit sie vom Kleinhandel an den Konsumenten herangebracht werden, sind sie es durchgängig. Das hat eine Reihe von Ursachen, die nicht alle in der durch Krieg und Inflation natürlicherweise erfolgten Verteuerung ihre Grundlage haben. Soweit die Preise sich aus Kriegs- und Inflationsnachwirkungen rechtfertigen, müssen sie schicksalsgegeben wie alle anderen Kriegsauswirkungen ertragen werden. Soweit jedoch andere Ursachen vorliegen, ist es notwendig, deren Berechtigung nachzuprüfen. Wir haben heute eine Reihe sogenannter Markenartikel, die eine ganz enorme Preisentwertung vertragen können. Hier entscheidet nicht Angebot und Nachfrage, nicht Kostenansatz, Risiko und mäßige Gewinnspanne, sondern ein Kartell der Interessenten, das nach eigener Wirtschaftsauffassung die Preise bestimmt und jeden Händler diktatorisch zwingt, nicht unter die Verbandspreise herunterzugehen. Wir sehen auch bei den direkt aus der Landwirtschaft kommenden Erzeugnissen, wie Kartoffeln, Gemüse, Fleisch, Milch und Milchprodukten Zwischenhandelspreisen und Verdiensten, die nicht zu rechtfertigen sind. Die Erzeugerpreise der Landwirtschaft liegen zu einem ganz großen Teil, wertmäßig gemessen, unter den Vorkriegspreisen. Die Verbraucherpreise vorgenannter Artikel gehen weit darüber hinaus. Es sind zuviel Hände, durch die diese Bedarfsgegenstände gehen, und jede Hand glaubt ein Recht zu haben, gut von dieser Verteilerarbeit leben zu können. Für eine Reihe weiterer Verbrauchsgegenstände liegen sich mit Leichtigkeit Glossierungen dieser Art fortsetzen. Preisabbau ist also sehr wohl möglich, ohne daß die Interessenten zugrunde gehen. Preisabbau gibt die Grundlage für eine gehobene Kaufkraft der Verbraucherschichten, und da-

seite aus möglich ist. Sollen die Arbeiter der Binnenmarktsberufe lohnmäßig geschwächt werden, um Experimentierern als soziales Probierfeld zu dienen? So etwas verbietet sich gleichfalls aus Gründen der Gerechtigkeit und der Kaufkraft von selbst. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang nur, daß gerade über die Löhne mancher Binnenberufe, wie beispielsweise der Bauarbeiter, total falsche Meinungen bestehen. Vom anscheinend hohen Stundenlohn wird auf ein leider nicht erreichbares Jahres-einkommen geschlossen. Wir bringen hierzu gelegentlich Zahlenbeispiele.

Niemandem in der deutschen Volkswirtschaft — und auf diese kommt es als Ertragsquelle des Volksverbrauchs und der Staatsfinanzen an —, ist also mit einer Lohnherabsetzung gedient. Man lasse deshalb dieses Schlagwort weg und erspare dadurch der größten Volksschicht soziale Sämpfe, anderen Volksteilen aber auch notwendigerweise eintretende wirtschaftliche Ent-täuschungen. Für Schlagwortpolitik muß uns die Volksgeamtheit zu gut sein. Wenn wir abbauen wollen, dann ist dringend notwendig der Abbau von Illusionen, der Abbau un-sozialer Gesinnung. Nur von der Gesin-nungsseite her können letzten Endes so weit-tragende Probleme gelöst werden, und da muß das Wort Volksgemeinschaft wirklichen Inhalt be-kommen. Wenn wir ein Volk, verbunden durch Ge-sinnung, Sprache und Kultur sein wollen, dann müssen wir uns darüber klar werden, daß ein so großes Schicksal wie der verlorene Krieg von allen gemeinsam getragen werden muß, und daß es vom Standpunkt einer Volksgemeinschaft aus untragbar ist, diese Lasten nur auf die unteren Volksschichten zu überbürden. Auch der Arbeiter will und soll an Volksgemeinschaft glauben; man mache es ihm nicht unmöglich!

Politische und gewerkschaftliche Machtentfaltung

II.

Das es notwendig ist, dem Streben der Arbeitgeber nach der politischen Macht mit verstärkter politischer Aktivität zu begegnen, haben wir an dieser Stelle schon ausgeführt. Doch darf die notwendige politische Betätigung nicht zum politischen Fanatismus führen. Die Arbeiterschaft kann es sich nicht leisten, alle Spielarten der politischen Partecipolitik mitzumachen und dadurch ihre Kampfkraft zu erschöpfen. Sie darf sich nicht in politischen Extremen bewegen und darüber die ständig notwendige, näch-sterne, aber zweckdienliche Wertarbeit vergessen. Sie darf vor allem nicht vergessen, daß der Grund der Arbeiterkraft im gewerkschaftlichen ruht. Jede politische Partei und jeder politische Diktator wird ohnmächtiger sein, wenn starke Gewerkschaften als Gegner auftreten. Die gut organisierte Macht der Arbeit ist die stärkere. Aus dieser Tatsache heraus muß die Arbeiterschaft alle Folgerungen ziehen.

Es ist kein Geheimnis, daß viele Arbeiter immer noch nicht den Weg zur gewerkschaftlichen Organi-sation gefunden haben. Sie heulmeiern zwar bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, aber sie bleiben untätig. Andere sind zwar Mitglieder, aber die rechte gewerkschaftliche Einstellung fehlt auch ihnen noch. Sie verlangen vom Verband Außerordentliches. Er kann ihnen nicht genug leisten. Es wäre ein ganz natürlicher und selbstverständlicher Vorgang, wenn auch diese Mitglieder die Wünsche und Forderungen des Verbandes erfüllen würden. Aber leider liegen die Dinge heute vielfach so, daß es nicht wenige Mit-glieder gibt, die vom Verband zwar alles verlangen, aber selbst nur wenig leisten wollen. Alle diese Mit-glieder denken nicht daran, daß dem Verband doch nur die Summe von Kraft zur Verfügung steht, die ihm von den Mitgliedern gegeben wird. Je mehr Kraft die Mitglieder für den Verband aufwenden, um so mehr kann auch er wieder für sie aufwenden.

Die Macht, die wir erstreben müssen, beruht in der Zusammenfassung der Kräfte der Arbeiterschaft und in deren Harmonie untereinander. Die erste Kraft des Verbandes besteht in der Zahl der Mitglieder. Wenn wir sie an erster Stelle nennen, dann geschieht dieses nicht in Ueberschätzung der zahlenmäßigen Größe der Mitgliedschaft. Größe ist nicht ohne weiteres mit Kraft und Macht gleichzusetzen. Somit entscheidet die Zahl der Mitglieder nicht allein. Aber je größer die Mitgliederzahl, um so größer auch die Möglichkeit zur Bewegung und Entfaltung weiterer ansichtsgebender Kräfte. Und deshalb setzen wir die Zahl oben an.

Wie nun in Mitgliederkreisen alles getan, um die Mitgliederzahl des Verbandes zu stärken? Die Wege sind bereits, die Zahl der Mitglieder zu wehren. Sehr viele halten es nicht einmal für not-wendig, für die Stärkung des Verbandes den Mund zu bewegen. Sie lassen die günstigen Gelegenheiten,

im Freundeskreis für den Verband zu werben, unge-nutzt. Es gibt sogar Mitglieder, die schweigen oder gar zustimmen, wenn ehr- und schamlose Unorgani-sierte die Gewerkschaften angreifen. Wenn nicht eine verhältnismäßig kleine Zahl opferwilliger, für unsere gute Sache begeisterte Mitglieder viel mehr leisten würden, als dem einzelnen normalerweise zugemutet werden kann, dann würde der Verband sehr bald den Krebsgang gehen. Würden die vielen tausend Mit-glieder auch nur annähernd so aktiv sein wie diese, dann würde der Mitgliederzuwachs ein großer sein. Damit würden auch die anderen Kraftfaktoren ver-stärkt.

Eine starke Kasse ist eine weitere bedeutende Kraft zur Machtentfaltung. Geld ist für eine Ge-werkschaft so notwendig, wie die tägliche Nahrung für den einzelnen Menschen. Ohne Geldmittel kann der Verband seine vielseitigen, oft recht kostspieligen Aufgaben nicht erfüllen. Zudem kann die bedeutende Geldmacht der besitzenden Schichten nur durch eine bedeutende Geldmacht der Arbeiter in Schach ge-halten werden. Diese Erkenntnis allein müßte die Arbeiterschaft veranlassen, ohne Widerwillen ihrer Organisation die Geldmittel zu geben, die sie not-wendig hat. Viele Mitglieder aber wollen möglichst gar nichts oder nur sehr wenig geben. Das ist aber eine falsche Sparsamkeit. Das Sprichwort: „Geld regiert die Welt“ ist sicher zu einem großen Teil Wahr-heit. Wer will, daß die Arbeiterschaft mitregieren soll und nicht von anderen einfach dirigiert wird, der muß auch zur Stärkung der gewerkschaftlichen Geldmacht beitragen.

So wichtig nun die beiden genannten Kraft-faktoren auch sind, keines von ihnen kann Anspruch darauf erheben, die wichtigste gewerkschaftliche Kraft zu sein. Letzten Endes wird das Kraftmaß des Verbandes vom gewerkschaftlichen Geist bestimmt. Ohne den richtigen Gewerkschaftsgeist wird sowohl die Mitgliederzahl, wie auch das Kassen-vermögen zusammenschrumpfen. Ist jedoch der rechte Geist vorhanden, dann wird er zur treibenden Kraft, der die Mitgliederzahl vergrößert und die Geld-mittel mehrt. Der Geist ist in vielen Dingen in der Gewerkschaft das, was das Blut im menschlichen Körper ist. Das Blut durchpulst alle Glieder des Körpers, belebt sie, ernährt sie und befähigt sie zur Arbeit. Von der Menge und Güte des Blutes ist die Gesundheit und Leistungsfähigkeit des Körpers ab-hängig. Ohne Blut ist der Körper tot. Und so ist auch die Menge und Güte des gewerkschaftlichen Geistes bestimmend für die Leistungsfähigkeit des Verbandes und ohne ihn ist auch er tot.

Wie äußert sich nun der rechte gewerkschaftliche Geist? Zunächst treibt er zur Ver-bandsmitgliedschaft aus innerer Ueberzeugung. Wer nur Mitglied ist, weil er die Bücherkontrolle oder den Schimpf und die Berachtung seiner Arbeits-kameraden fürchtet, der ist nicht vom rechten Geist befeelt, der bezahlt auch nur widerwillig seine Bei-träge. Der echte Geist veranlaßt das Mitglied nicht nur zur pünktlichen Beitragszahlung, sondern auch zur Mitarbeit im Verband. Der rechte Gewerkschaftler liebt die gewerkschaftlichen Zeitungen und Schriften, besucht Versammlungen und schließlich auch noch Unter-richtskurse, selbst wenn er dafür mal ein Ruhe-stündchen opfern muß. Ja, er drängt sogar, daß der-artige Veranstaltungen abgehalten werden. Er hilft bereitwillig bei ihrer Vorbereitung und Durchfüh-rung. Der rechte Gewerkschaftler weiß, daß sich seine Arbeit direkt oder indirekt bezahlt macht. Er hat aus der Vergangenheit gelernt, daß fleißige Gewerkschaftsarbeit noch nie ohne Nutzen geblieben ist. Des-halb sind diese Gewerkschaftler auch leicht zu bewegen, einen Vertrauensposten anzunehmen, den sie sehr sorgfältig und gewissenhaft ausfüllen. Er ist vor allem stets auf der Suche nach neuen Mitgliedern.

Der vom echten Geist befeelte Gewerkschaftler wird auch die Grundzüge seiner Organisation bei jedem Angriff verteidigen, er wird nicht feige den Mund halten und so tun, als ginge ihn die Sache nichts an. Er geht, wenn er die Fähigkeit dazu hat, selbst zum Angriff über und kämpft für seinen Verband. Auch in Fragen des Betriebes und der Volkswirt-schaft plappert er nicht jedem Schwächer nach. Er sucht mit Hilfe seiner Gewerkschaft mit Ruhe, Be-sonnenheit und Ehrlichkeit gegen sich selbst und andere nach der Wahrheit in diesen oft so komplizierten Fragen. Und weil der Drang in ihm ist, nicht nur mitzureden, sondern auch mitzuarbeiten, erkennt er bald die schwierige Problematik unseres gesamten Lebens. Er wird so vor überschäumendem Radikalis-mus bewahrt.

Rechte Gewerkschaftler haben auch Sinn für ge-werkschaftliche Disziplin und Unterordnung. Sie ge-hören nicht zu denen, die die Position der Führer un-nötig erschweren. Sie fügen die Führer und ihr Vollen. Sie wissen, daß von einer guten, gewissen-haften Führung viel abhängt. Sie verteidigen auch die Ehre und das Ansehen ihrer guten Führer. Sie sind auch hier einsichtig genug, sich zu sagen: wer andere Führer beschimpft, beschimpft auch uns und unsere Organisation.

Mitglieder, die so denken und handeln, wie wir

es hier dargestellt haben, werden ihre Organisation zur großen Macht bringen, so daß diese wiederum für sie schöne Erfolge erringen kann. Wenn sich unsere Bauarbeiterchaft vom echten gewerkschaftlichen Geist befeelen läßt, dann kommen wir sicher recht bald trotz aller Hemmungen über die Schwierigkeiten dieser Zeit hinweg. Unsere Position wird gegenwärtig ganz besonders umkämpft. Folglich müssen wir uns auch ganz besonders rühren. Drum fasse jeder mit an! Zur Mitarbeit ist es nie zu spät!

Reichskonferenz der Poliere und Schachtmeister

Zum dritten Mal versammelten sich seit der Grün-dung der Reichsvereinigung deren Vertreter am Sonntag, 22. Juni 1930, zu Münster i. Westf. Der Obmann der Reichsvereinigung, Kollege U. Schmidt, Berlin, eröffnete um 10 Uhr die Konferenz und hieß alle Anwesenden herzlich willkommen. Die Kon-ferenz war besucht von 16 Vertretern, 2 Haupt-vorstandsmitgliedern und einer Reihe Münsterischer Kollegen, welche als Gäste an der Tagung teilnahmen. Als Leiter der Tagung wurden die Kollegen Nie-berg, Münster, und Windolph, Hannover, gewählt, als Schriftführer Fassbender, Köln.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattet Kola-lege Schmidt, Berlin, Bericht über die zurückliegen-den drei Jahre. Die Bewegung habe, so meinte der Berichterstatter, in der Berichtszeit zwar keine großen zahlenmäßigen Fortschritte aufzuweisen; diese Tatsache sei auf die miserable Lage der Bauwirtschaft zurück-zuführen. Der innere Ausbau der Reichsver-einigung habe dahingegen gute Fortschritte zu verzeichnen, und es bestehe Aussicht, in nächster Zeit weiter vorwärtzuzukommen, sowohl am inneren Aus-bau wie auch an der zahlenmäßigen Ausdehnung. Die sowohl von der letzten Reichskonferenz in Hil-desheim wie auch von der letzten Verbandsgenera-versammlung in Danzig angenommenen und dem Hauptvorstande als Material überwiesenen Anträge auf weiteren Ausbau der Reichsvereinigung und Schaffung eigener Satzungen habe der Hauptvor-stand nach reiflichen Vergleichen dahin beschieden, daß es beim seitherigen Zustand bleiben solle, da Rechte und Pflichten der Mitglieder in un-seren Verbandsatzungen so geordnet sind, daß sie einen Vergleich mit jeder anderen Organisation sehr wohl aushalten. Mit dem Deutschen Po-lierbunde, dem Baugewerksbund wie auch mit dem Zimmererverband stehen unsere Beitragsleistungen wie auch unsere Unterstützungseinrichtungen auf eben-bürtiger Höhe. Der Deutsche Werkmeisterbund wirft sich auch uns gegenüber als Konkurrenzorganisation auf, kann aber, da er in der Beitragsfrage den billigen Jakob mimt, auch in seinen Leistungen nicht mit. Da-für ist er aber in Versprechungen und Anwendung unseiner Agitationsmethoden gerade nicht als Stümper anzusprechen.

Einen breiten Raum in dem Bericht wie in der anschließenden Aussprache nahm die Besprechung der Reichstarriffragen ein. Es kam besonders zum Ausdruck, daß mit der Annahme und Wiederauf-hebung der sogenannten Schandvereinbarung vom 20. Februar 1929 die Leistung des Polier- und Schachtmeisterbundes so recht drastisch bewiesen habe, wie bei ihr die Interessen der Arbeitnehmer ge-wahrt werden. Die Verlängerung der Beiträge bis zum Jahre 1932 könne nur als Angstprodukt ein-geschätzt werden. Es behauptet sich durch diese Maßnahmen so recht der Ausspruch des Herrn Ar-beitgeber-syndikus Dr. Claus vom 2. Mai 1928: „Wir und der Polierbund sind eine Schicksals-gemeinschaft, die gezwungen ist, die For-derungen der Bauarbeiterverbände ge-meinschaftlich zu bekämpfen.“ Diese Schick-salsgemeinschaft hat in der Vergangenheit und wird auch in der Zukunft Früchte zeitigen, an denen die Poliere und Schachtmeister noch ihre wahre „Freude“ erleben werden. Abschließend wurde in dieser An-gelegenheit nachfolgende Entschließung einstimmig an-genommen:

Entschließung.

Die am 22. Juni 1930 zu Münster i. Westf. stattfindende Reichskonferenz der Poliere und Schacht-meister nimmt Kenntnis von der Hartnäckigkeit, mit welcher die Vertragsparteien der Reichstarrifverträge für Poliere und Schachtmeister sowohl der baugewerb-lichen Arbeitgeberverbände wie auch besonders des Deutschen Polier- und Schachtmeisterbundes an der weiteren Aufrechterhaltung der im Jahre 1923 abgeschlossenen Reichstarrifverträge festhalten. Die Hauptursache dieser Haltung erblickt die Konferenz in dem Bestreben, die Bauarbeiterverbände, in welchen ca. 60 Prozent aller Poliere und Schachtmeister or-ganisiert sind, für alle Zukunft von der Teilnahme an diesen Tarifverträgen auszuschließen. Eine solche Taktik muß als äußerst verwerflich bekämpft werden. Da von den jetzigen Vertragsparteien eine Aufgabe ihrer bisherigen Stellungnahme nicht zu erwarten ist, muß die Konferenz erneut an das Reichsarbeits-ministerium appellieren und die dringende Forderung

auf Zurückziehung der Allgemeinverbindlichkeit zum nächstmöglichen Termin fordern.

Die Konferenz verpflichtet alle Mitglieder der Reichsvereinigung, durch fortwährende Aufklärungsarbeit die verwerfliche Taktik des Polier- und Schachtmeisterbundes allen interessierten Kreisen wie der ganzen Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Den Höhepunkt der Konferenz bildete der zweieinhalbstündige Vortrag des Herrn Dr. Bergemann, Berlin, über das Thema: „Die rechtliche Stellung des Poliers bzw. Schachtmeisters im Tarifvertrage; Ungestelltenversicherung, Gewerbeordnung, Betriebsratgesetz usw.“

Nach einem Schlussworte des Reichsfachgruppenobmanns und des Vorsitzenden, Kollegen Nieberg, fand die Konferenz gegen 1/8 Uhr ihr Ende.

Gruber, wo bist du?

Sozialistische Gewerkschaftler von Kreuznach betreiben Lohnabbau

Unter dieser Notiz veröffentlicht der „Deutsche“ in Nr. 136 eine Zuschrift des christlichen Steinarbeiterverbandes, der wir folgendes entnehmen:

Einige Steinarbeiter aus Hallgarten, Bezirk Rodenhäuser in der Pfalz, wurden im September vorigen Jahres als Notstandsarbeiter vermittelt. In der Gemeinde Hochstetten (Pfalz) sollte eine Wasserleitung gebaut werden, und diese Arbeit war einer Kreuznacher Firma übergeben.

Als unsere Kollegen einige Tage arbeiteten und den ersten Lohn erhielten, stellten sie fest, daß sie 9 bis 12 Pf. pro Stunde weniger hatten als ihnen vom Arbeitsamt Rodenhäuser, von dem sie vermittelt wurden, versprochen war.

Bei der ersten Verhandlung stellten sich recht eigentümliche Dinge heraus. Es wurde klar, aus welchem Grunde die Kollegen nicht den pfälzischen, sondern den Kreuznacher Tarif erhielten, aus welchem Grunde sie also um 9 bis 12 Pf. pro Stunde geschädigt waren.

Dr. Gallo, Syndikus des dortigen Arbeitgeberverbandes und Vertreter der beklagten Firma, erklärte: Ich beantrage, die Klage abzuweisen. Es besteht zwischen der Firma und dem Deutschen Baugewerksbund (Freigewerkschaftlich) eine Vereinbarung, wonach die Leute diesen Lohn erhalten sollten.

Unserem Vertreter und allen Kollegen kam diese Aussage recht eigentümlich vor. Denn für das pfälzische Baugewerbe besteht ein eigener Vertrag mit eigenen Vertragsparteien. Wie kommen nun Leute außerhalb der Pfalz dazu, mit einer Firma zu vereinbaren, daß für Arbeiten, die in der Pfalz gemacht werden, ein außerpfälzischer Lohn gezahlt werden solle.

Noch eigentümlicher war folgendes: Nach unserem Termin am Arbeitsgericht sollte ein weiterer stattfinden. Auch einige Kollegen vom roten Baugewerksbund verlangten den pfälzischen höheren Lohn. Als die Sache aufgerufen wurde, war von den Notenniemand zu sehen. Kein Vertreter war da.

Am 5. Juli 1930 ist der siebenundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1930 fällig.

ein späterer Termin beantragt. Hier kam man der Sache schon näher. Eine Einigung konnte jedoch auch hier nicht erzielt werden. Der Arbeitgeber bestritt die Forderungen unserer Kollegen.

Der Fall zeigt, wie es auf freigewerkschaftlicher Seite gemacht wird, wenn man sich allein mit den Unternehmern glaubt.

Christlich gesinnte Bauarbeiter vom Nahe- und Hunsrückgebiet, die Augen auf, ihr wißt, wo euer Platz ist! Schließt euch, soweit ihr noch nicht zu uns gehört, dem Christlichen Bauarbeiterverbände an, wo eure Interessen richtig vertreten werden!

Allgemeine Rundschau

Der richtige Kurs?

Unter dieser erfolgversprechenden Ueberschrift fordert der Reichstagsabgeordnete von Gilsa in der „Rheinisch-westfälischen Zeitung“, Nr. 308, vom 19. Juni d. J. ein Gesetz — für das sich inzwischen auch die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei erwärmt — das die Reichsregierung ermächtigen soll, die Ablaufzeiten für Tarifverträge nach eigenem Ermessen zu bestimmen.

Herr von Gilsa ist bei dieser Forderung weder von einer Kenntnis des Sozialrechts noch von der Wirkung eines solchen Ausnahmegesetzes beschränkt gewesen. Er hat sich wohl in die Zeit zurückgetragen, wo keinesgleichen mit der Keitpeitsche an den Stiefelschaft klopfend, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Knechte und Mägde einseitig geregelt haben. Das ist heute anders und wird auch so bleiben.

Belegung des Baumarktes durch Darlehen der öffentlichen Versicherungsträger

Die Verhandlungen des Reichsarbeitsministers mit den Landesversicherungsanstalten, über die wir vor kurzem berichteten, sind positiv verlaufen. Die Versicherungsanstalten erklärten sich bereit, dem Reich 50 Millionen RM zur Verfügung zu stellen, die zur Belegung des Baumarktes verwendet werden sollen.

Arbeiterchaft und akademischer Nachwuchs

42,59 Prozent der Gesamtbevölkerung sind Arbeiter. Von den Unberufstätigen dagegen sind nur 1,79 Prozent Söhne von Arbeitern. Bei den Theologie-Studierenden ist der Prozentsatz höher. Er beträgt bei den Studenten der evangelischen Theologie 2,7 Prozent und bei den Studenten der katholischen Theologie 10,68 Prozent.

führen. Das Ganze nennt man sinnvolle Bildungsverbreiterung mit einigen Unterschlagszeilen, wie: Aufstieg der Begabten.

Die Umschichtung der Bevölkerung

Im Jahre 1882 betrug die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen rund 40 Prozent der Gesamtbevölkerung, bei der letzten Volkszählung 1925 nur noch 23 Prozent, 1882 lebten 35 Prozent der Bevölkerung von Industrie und Handwerk, 1925 dagegen 41,3 Prozent.

Aus dem Verbandsleben

Großhohrenbrunn. Vom schönsten Wetter begünstigt konnte am Pfingstsonntag unsere Verwaltungsstelle ihr 25jähriges Bestehen feiern. Am Vorabend war gemütliches Beisammensein bei Konzert und Austausch alter Erinnerungen.

Am 14. 6. (Abschiedsfeier unseres Bezirksleiters.) Unsere Versammlung mußte diesmal zwei entgegengesetzten Zwecken dienen. Wir konnten den neuen Bewaltungsstellenleiter, Kollegen Wilhelm Meuser, begrüßen. Er legte dar, wie er sich die gewerkschaftliche Zusammenarbeit vorstelle und bat um Vertrauen und Mitarbeit.

Am 14. 6. (Abschiedsfeier unseres Bezirksleiters.) Unsere Versammlung mußte diesmal zwei entgegengesetzten Zwecken dienen. Wir konnten den neuen Bewaltungsstellenleiter, Kollegen Wilhelm Meuser, begrüßen. Er legte dar, wie er sich die gewerkschaftliche Zusammenarbeit vorstelle und bat um Vertrauen und Mitarbeit.

Wenn auch gewerkschaftliche Erfordernisse persönlichen Meinungen und Gefühlen vorangehen, so war das Persönliche in dieser Versammlung doch vorherrschend. Mußte sich doch etwas trennen, was in zehnjähriger Schicksalsverbundenheit und gemeinsamer Arbeit durch Treue zwischen Führung und Gefolgschaft fest verwachsen war.

In einer lebhaften Aussprache brachten die Kollegen immer wieder zum Ausdruck, wie schmerzlich für die Münchener Kollegenschaft der Weggang des Kollegen Gagemeier sei; versprachen aber dem neuangestellten Kollegen Meuser regste Unterstützung und bestes Vertrauen.

Anschließend an die Versammlung fand eine Abschiedsfeier statt, an der auch die Angehörigen der Mitglieder, Kollegen der Bruderverbände und der konfessionellen Ständesvereine teilnahmen. Die Feier wurde mit einem flotten Musikstück eingeleitet. Den Ehrenplatz des Kollegen Gagemeier mit Frau hatte die Kollegenschaft mit Blumen und Grün stünig geschmückt.

Im Namen des Bezirkes sprach Kollege Häring, Augsburg, Kollegen Gagemeier den Dank für seine unermüdete Arbeit aus. Wenn es demselben gelungen sei, in einer zehnjährigen Tätigkeit als Bezirksleiter und in einer vorhergehenden achtjährigen Tätigkeit als Sozialbeamter in Augsburg das Vertrauen der Kollegenschaft geradezu reiflos zu gewinnen, so deshalb, weil er neben den Fähigkeiten des Geschäftsführers die Gaben des Arbeiter- und Menschenführers in sich vereinigte.

Für die freigestellten Kollegen Münchens überreichte Kollege Bobach Kollegen Gagemeier ein sinnvolles Geschenk — und sprach zugleich auch im

Namen des Ortskartells und des Gesamtverbandes die herzlichsten Abschiedsgrüße aus.

Arbeitersekretär G. Bler sprach im Namen der Arbeitervereine dem sich Verabschiedenden für seine Mitarbeit den Dank aus.

Kollege Gakemeier brachte in seinen Dankesworten zum Ausdruck, daß er so viel Ehrung, Aufmerksamkeit und Liebe nicht erwartet hätte.

Wöge die Abschiedsfeier Kollegen Gakemeier in keiner äußerer Beweis der großen, inneren Verbundenheit zwischen ihm und seinen Mitgliedern gewesen sein.

Groß-Zimmern. Am Sonntag, dem 15. Juni, veranstaltete unsere Ortsgruppe einen Familienabend, verbunden mit Ehrung eines Jubilars.

Schwandorf. Am 15. Juni hielt unsere Ortsgruppe eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Auf Einladung nahmen Kollege Sidinger, Vorsitzender des christlichen Ortskartells und die uns besuchenden Stadträte Feisner und Hien an der Versammlung teil.

Über den Punkt Krisenfürsorge führte der Referent aus, daß unter dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns die Arbeitslosenversicherung zur Einführung kam, während unter dem sozialdemokratischen Minister im gleichen Ressort, Wiffel, gerade die Bauarbeiter in die bekannte Sonderfürsorge eingereiht wurden.

Seiterschau (Vergstraße). Unsere Ortsgruppe konnte am Sonntag, dem 2. Juni, das Fest ihres 25jährigen Bestehens feiern. Es war das erste Fest dieser Art, daß die christl. Gewerkschaften an der schönen Vergstraße begehen konnten.

arbeit. Seine Worte klangen dahin aus, daß alle Kollegen mit dem gleichen Mut und derselben Tapferkeit wie bei unserer Gründung vor 25 Jahren an der Behebung der heutigen Notstände mitarbeiten müssen.

Die große Festveranstaltung wurde durch einen Festzug durch den festlich geschmückten Ort eröffnet. Der Leiter des Festes, Koll. Ph. Brand, konnte auf dem Festplatz rund 700 Kollegen und Kolleginnen, sowie die geistlichen und weltlichen Behörden von Reutershausen begrüßen.

Nach einigen Musikstücken erhielt Koll. Heinrich, Karlsruhe, das Wort zu seiner Festrede. Klar und deutlich wurde hier nochmals das Wollen und die Ziele der christl. Gewerkschaftsbewegung herausgestellt.

Arbeitsbeschaffung; lautet die erste Forderung. Die christl. Arbeiterchaft will sich nicht um einige Mark Unterstützung herumtreiben; sie will nicht auf Kosten anderer leben, sie will ihre Familien durch die Arbeit ihrer Hände ernähren und erwartet von den maßgebenden Stellen, daß alles getan wird, um in kürzester Zeit die ungeheure Zahl unserer arbeitslosen Kollegen wieder in Arbeit zu bringen.

Scharf wendet sich die christl. Arbeiterchaft gegen jeden Lohnabbau. Jede weitere Verschlechterung der Kaufkraft der Arbeiterchaft muß weitere Abwärtsschritte und noch größere Arbeitslosigkeit nach sich ziehen.

Ebenso scharf wendet sich die christl. Arbeiterchaft gegen die geplanten Verschlechterungen in der Sozialversicherung. Sie ist gern bereit, Auswägung zu beiseitigen; sie lehnt es aber ab, die geringen Unterstützungen heute noch verkürzen zu lassen.

Um über die finanziellen Schwierigkeiten der heutigen Notzeit hinwegzukommen, fordert die christl. Arbeiterchaft das Notopfer. Es geht nicht an, daß die Lasten der heutigen Zeit der Arbeiterchaft allein aufgebürdet werden und andere, besser gestellte Volksschichten sich mit fadenhäutigen Begründungen von diesen Belastungen drücken.

Der außerordentlich starke Beifall zeigte, wie sehr Kollege Heinrich aus dem Herzen der Zuhörer gesprochen hatte.

Anschließend sprach Herr Pfarrer Vinz einige Worte an die Festversammlung, die in der Forderung, treu zu den christl. Gewerkschaften zu stehen, anklangen.

Zum Schluß nahm Koll. Bell, Mannheim, die Ehrung der Jubilare vor. Er stellte diese 19 Kollegen als leuchtendes Beispiel hin und forderte alle Anwesenden auf, so wie sie, im Dienste der Gewerkschaftsbewegung zu arbeiten.

Bei Musik, Gesang und Tanz verlebten die Festteilnehmer dann noch einige gemütliche Stunden.

Wenden, daß immer, in dieser kurzen Stunde aus eine für die Praxis brauchbare Erörterung dieser Fragen in der Hand zu haben.

Bekanntmachung
Ausgeschlossen
aus dem Verband wurde der Maurer Wilh. Knob, Grethen 5, Bad Dürkheim, wegen Verstoß gegen § 18 Abs. 2 der Verbandsstatuten.

Sterbetafel
Der Kollege Josef Dörr (Maurer) starb am 29. Mai an Lungenentzündung im Alter von 45 Jahren.
Am 13. Juni verstarb unser Kollege, der Zimmerer Franz Stein im Alter von 63 Jahren an Gehirnhirnerkrankung.

Kollegen, lest den „Deutschen!“

Teakholz-Wasserwaagen in höchster Vollendung!

Table with columns for Extra Qualität, Stärke (25x50 and 25x55 mm), and various measurements (100, 90, 80, 75, 70, 60, 50 cm).

Bestenmeter & Co., Bielefeld, Siegelstraße.

Wepa
Fabrik f. Arbeitsanzüge sämtlicher Berufs
Spez. Blaue Maschinenbau- sowie Maurer- u. Manchester-Anzüge

Baumarbeiterhosen
aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Lederstücken 13.- Rm., aus II-Drahtleder 9.- Rm. u. 6.50 Rm.

Bücherschau
Friedrich Bruns: „Die soziale Aufgabe der Kirche“ (Spandauer Soziale Schriften Nr. 8). Verlag der Evangelisch-sozialen Schule, Berlin-Spandau, Johannesstift, 1930.

Meisterschule für Hoch-, Tief- u. Strassenbau
Ausbildung in einem Halbjahr zum Polier oder Schichtmeister, in 2 Halbjahren zum Maurer, Zimmer-, Straßenmeister und Bauführer.

Berufs- u. Sportbekleidung
Werkzeuge, Teakholz-Wasserwaagen, Teakholz-Schlapphüte, Isobänder, Orig. Berliner Stuhlkissenanzüge.